Zu Art 5: Gleichstellung und Nichtdiskriminierung

Handlungsempfehlungen dazu:
CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 13: Das Komitee empfiehlt eine Stärkung der Antidiskriminierungsgesetze durch die Erweiterung der verfügbaren Rechtsmittel um weitere Rechtsmittel, die eine Verhaltensänderung von Personen, die gegen Menschen mit Behinderungen diskriminieren, erforderlich macht, wie beispielsweise Unterlassungsansprüche. Das Komitee empfiehlt, dass der Vertragsstaat die Angemessenheit der zur Zeit verwendeten Strukturen überprüft, die in Situationen mehrfacher Diskriminierung zum Tragen kommen.


Das neue Gesetz schützt nun Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, wie etwa beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, bei Sozialschutz, sozialen Vergünstigungen und Bildung. Ebenso wurden auch die anderen Tatbestände (Geschlecht, Alter, Religion/Weltanschauung und sexuelle Orientierung) in allen Lebensbereichen dem Schutz aus Gründen der Ethnie gleichgestellt.

➤ Damit wurden die zentralen Forderungen nach Ausdehnung und Vereinheitlichung des Diskriminierungsschutzes vom Land NÖ erfüllt.


Der Schritt zur Einräumung eines subjektiven Rechtsanspruches auf Beseitigung einer Barriere wurde noch nicht gesetzt.
Zu Art. 9: Barrierefreiheit

Handlungsanweisung dazu:

CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 24: Das Komitee empfiehlt, dass der Vertragsstaat einen übergreifenden inklusiven Ansatz der Barrierefreiheit in Übereinstimmung mit Artikel 9 der Konvention entwickelt. Die Baunormen sollten sich nicht auf Gebäude mit einer Mindestgröße oder Mindestkapazität beschränken, sondern gemäß Artikel 9 für alle öffentlichen Einrichtungen gelten. Das Komitee empfiehlt eine Verkürzung der Fristen für die Etappenpläne, die derzeit in einigen Städte und Ländern eingesetzt werden sowie des Plans für die Untertitelung der ORF-Programme.

→ In der Praxis ist eine zunehmende Sensibilität für Barrierefreiheit im baulichen aber auch im umfassenderen Sinn erkennbar und sind positive Entwicklungen feststellbar, wie z.B. Barrierefreiheit der Landesausstellung 2017 in Pöggstall, taktile Leitlinien im Regierungsviertel, barrierefreie Umgestaltungen von Bezirkshauptmannschaften, sukzessive Umsetzung eines Leitsystems Barrierefreiheit für NÖ Landeskliniken, etc.


Zu Art 11: Gefahrensituation und humanitäre Notlagen

Handlungsanweisung dazu:

CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 26: Das Komitee fordert den Vertragsstaat auf, in seinem nächsten periodischen Bericht Informationen über die getroffenen spezifischen Maßnahmen zur Verfügung zu stellen, die die Bereitschaft, Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall die notwendige Unterstützung bereitzustellen, gewährleisten. Der Vertragsstaat sollte ebenfalls seine Bemühungen verstärken, den zweigleisigen Ansatz („Twin-Track-Approach“) umzusetzen, um in allen Bereichen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) eine vollständige Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu erreichen.
Der NÖ MTA hat sich in seiner Klausur 2016 ausführlich mit dem Thema Katastrophen-

schutz befasst.

➔ Nach dem neuen NÖ Katastrophenenschutzgesetz 2016 haben Katastrophenenschutz-

pläne erforderlichenfalls auch Maßnahmen zum Schutz von Menschen mit

Behinderungen zu berücksichtigen. In den Erläuterungen zum Gesetzes-Entwurf wird

betont, dass damit dem Art. 11 UN-BRK Rechnung getragen werden soll.

Offen ist noch der Vorschlag des NÖ MTA, dass Menschen mit Behinderungen auch bei

der Planung miteinbezogen werden sollen.

Zu Art. 19: Selbstbestimmtes Leben und Inklusion in der Gemeinschaft

Handlungsempfehlungen dazu:
CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 37: Das Komitee empfiehlt dem Vertragsstaat sicherzustellen, dass

die Bundesregierung und die Landesregierungen größere Anstrengungen für die De-

Institutionalisierung unternehmen und es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, zu

wählen, wo sie leben wollen.

Ist die Handlungsempfehlung umgesetzt? Wie?

CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 39: Das Komitee empfiehlt, dass der Vertragsstaat sicherstellt, dass

die Persönliche-Assistenzprogramme ausreichend finanzielle Unterstützung bieten, um zu

gewährleisten, dass Menschen in der Gemeinschaft selbstbestimmt leben können. Das Komitee

empfiehlt ferner, dass der Vertragsstaat die Programme persönlicher Assistenz harmonisiert

und erweitert und die persönliche Assistenz für alle Menschen mit intellektuellen und

psychosozialen Behinderungen verfügbar macht.

Hilfe zur Selbsthilfe und selbstbestimmtes Leben sind die Grundgedanken des NÖ SHG

2000. Vorgesehen sind verschiedene Formen: Vollzeitbetreuung, Teilzeit, Wohn-

assistenz, Wohintraining, Kurzzeitunterbringung, Probewohnen.

Eine NÖ Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Thema selbstbestimmt Leben, unter

anderem mit der dafür notwendigen Angebotsvielfalt sowie Finanzierungsmöglichkeiten.

Derzeit können als Leistung des Landes NÖ Personen mit Körperbehinderungen ab der

Pflegegeldstufe 5 eine persönliche Assistenz erhalten. Ein Grundlagenforschungs-

projekt beschäftigt sich mit der Festlegung der Zielgruppe für die persönliche Assistenz,

somit mit Fragen der Erweiterung auch für Personen mit intellektuellen und

psychosozialen Behinderungen.
Zu Art. 24: Bildung

Handlungsempfehlung dazu:


Derzeit besuchen 48,5% der Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf in NÖ eine Sonderschule. Zuständig für die Genehmigung neuer oder die Auflösung bestehender Sonderschulen ist das Land Niederösterreich. Der NÖ Landtag hat sich 2016 und 2017 für die Sicherstellung des Erhalts von Sonderschulen in NÖ ausgesprochen.

Der NÖ MTA hat sich seit 2016 ausführlich mit dem Thema „Inklusive Bildung in NÖ“ beschäftigt.


(http://www.noe.gv.at/noe/Gleichbehandlung-Antidiskriminierung/Empfehlung_Inklusive_Bildung_(schwere_Sprache).pdf;
http://www.noe.gv.at/noe/Gleichbehandlung-Antidiskriminierung/Empfehlung_Inklusive_Bildung_(einfach_verstaendliche_Sprache.pdf)
Zu Art. 25: Gesundheit

keine Handlungsempfehlung dazu

Ein positives Beispiel aus Niederösterreich ist das Pilotprojekt MIA-MedInklusions-Ambulanz des Landesklinikums Melk, das sich an Menschen mit einer intellektuellen Beeinträchtigung wendet. Die MitarbeiterInnen kennen die spezifischen Krankheitsbilder und behandeln oder begleiten die PatientInnen auf Augenhöhe.
(http://www.noegv.at/noe/Gleichbehandlung-Antidiskriminierung/Blitzlicht_MedInklusion.pdf)

Zu Art. 27: Arbeit und Beschäftigung

Handlungsempfehlung dazu:

CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 47: Das Komitee empfiehlt dem Vertragsstaat Förderprogramme, um Menschen mit Behinderungen im offenen Arbeitsmarkt zu beschäftigen. Das Komitee empfiehlt ebenfalls, dass Maßnahmen gesetzt werden, um die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Beschäftigung und Bezahlung zu reduzieren.

In Niederösterreich existieren individuelle Programme, zB mit dem Ziel Arbeitsvermittlung.

Das Land NÖ hat als Dienstgeber derzeit die nach dem Bundes-Behinderteneinstellungsgesetz vorgegebene Beschäftigungs-Quote an begünstigt behinderten MitarbeiterInnen übererfüllt.

Während die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen in Niederösterreich insgesamt von 2016 auf 2017 um 1,7% gesunken ist (2017: 58.447), stieg die Zahl der arbeitslosen Personen mit Behinderung im gleichen Zeitraum um 9,7% (2017: 2.942)

Zu Art. 31: Statistiken und Datenerfassungen

Handlungsempfehlung dazu:

CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 51: Das Komitee empfiehlt dem Vertragsstaat, das Sammeln, die Analyse und die Veröffentlichung von Daten zu Frauen und Mädchen mit Behinderungen zu systematisieren und die Kapazitätsbildung in dieser Angelegenheit zu verbessern. Er sollte geschlechtssensible Indikatoren auszuarbeiten, um gesetzliche Entwicklungen, politische Entscheidungen und die institutionelle Stärkung der Überwachung zu unterstützen; über
erreichte Fortschritte in Bezug auf die Umsetzung der verschiedenen Verfügungen der Konvention zu berichten.

➔ Der NÖ Sozialbericht unterscheidet nicht nach Geschlecht.
➔ Das NÖ Statistische Handbuch (2016) informiert im Zusammenhang mit Behinderungen teilweise über das Geschlecht (Kapitel 3: Gesundheit, Sicherheit, Soziales).

Zu Art. 33: Nationale Umsetzung und Überwachung

Handlungsempfehlungen dazu:
CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 53: Das Komitee empfiehlt, dass der Vertragsstaat die vollständige Unabhängigkeit des unabhängigen Monitoringausschusses in Einklang mit den Paris-Prinzipien sicherstellt. Das Komitee empfiehlt zusätzlich, dass die Länder ihre eigenen unabhängigen Monitoringmechanismen schaffen, um die Behindertenpolitik und entsprechende Maßnahmen in ganz Österreich besser zu koordinieren.
CRPD/C/AUT/CO/1 Absatz 54: Das Komitee empfiehlt, dass der unabhängigen Monitoringeinrichtung ein transparentes Budget zugeteilt wird und sie befugt ist, dieses Budget autonom zu verwalten.


St. Pölten, 21.11.2017

NÖ Monitoringausschuss

[Unterschrift]

Dr. [Name] Rosenbach
(Vorsitzende)